

## Schweiz

# Der Fluch des vielen Geldes

Die Armee kann ein neues Funksystem nicht wie geplant beschaffen und muss schon wieder ein wichtiges Rüstungsgeschäft aufschieben. Erneut stellt sich die Frage, wohin die Armee mit ihrem Geld soll. Allmählich verlieren auch armeerfreundliche Politiker die Geduld.

**Christoph Lenz**  
Bern

Das Bundesparlament möchte der Schweizer Armee pro Jahr 5 Milliarden Franken zuhalten. Doch das Verteidigungsdepartement (VBS) von Bundesrat Guy Parmelin hat grosse Mühe, diese Summe auszugeben. Dabei mangelt es nicht an Investitionsbedarf. Im Gegenteil: Die Armee schiebt heute schon eine hohe Bugwelle an Rüstungsinvestitionen vor sich her. Aber weil das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse) überlastet ist, fehlen beschaffungsreife Projekte. Kurz: Die Armee weiss nicht, wohin mit dem vielen Geld.

Ein Luxusproblem? Keineswegs. Der anhaltende Spardruck bei der übrigen Bundesverwaltung wirft ein schiefes Licht auf die Prioritäten der bürgerlichen Mehrheit in Bern. Auch armeerfreundliche Parlamentarier anerkennen, dass sie zunehmend in Erklärungsnot geraten. Zum Beispiel FDP-Politiker Joachim Eder: Die Politik habe den Finanzrahmen von 5 Milliarden Franken für die Armee mehrfach bestätigt, sagt der Ständerat aus dem Kanton Zug. «Wenn es dem VBS regelmässig nicht gelingt, diesen Rahmen auszuschöpfen, dann hat das Parlament langsam, aber sicher ein Legitimationsproblem.»

### Lücke von bis zu 300 Millionen

Auslöser der jüngst aufgeflammten Unruhe unter Sicherheitspolitikern ist, dass kürzlich ein seit mehreren Jahren für 2018 vorgesehenes, umfangreiches Rüstungsgeschäft gescheitert ist. Im kommenden Jahr wollte das VBS die in die Jahre gekommenen Ascom-Funkgeräte durch ein modernes, abhörsicheres und cyberfähiges taktisches Funksystem ersetzen. Die Kosten dafür dürften sich einem Experten zufolge auf 200 bis 300 Millionen Franken belaufen.

Doch vor wenigen Wochen hat Armasuisse die Reissleine gezogen. Der Beschaffungsschritt verzögert sich um zwei Jahre. Die zwei Anbieter für das Funksystem, die sich in der engeren Auswahl befanden, wurden bereits schriftlich über den Entscheid informiert. Dies bestätigen mehrere gut informierte Quellen. Gestern berichtete darüber auch die «NZZ am Sonntag».

Auf Anfrage will Armasuisse die Verzögerung bei der Beschaffung des taktischen Funksystems weder bestätigen noch dementieren. Sie könne derzeit



Die Armee benötigt neue Funkgeräte: Ein Übungsleiter während einer Gefechtsübung auf der St. Luzisteig GR. Foto: EQ Images

keine Angaben zu einzelnen Vorhaben machen, sagt eine Sprecherin. Der Bundesrat werde im ersten Quartal 2018 informiert.

Ein VBS-Kader erklärt dem TA, dass die Beschaffung des taktischen Funksystems verschoben worden sei, weil in den nächsten zwei Jahren grössere technische Neuerungen erwartet würden. Jetzt noch rasch ein Produkt zu beschaffen, das bald schon veraltet sei, bringe nichts. «Es ist klüger, ein, zwei Jahre zu warten, wenn wir dann ein besseres Produkt erhalten.»

Die Verzögerung kreierte aber neue Probleme. Zum einen ist denkbar, dass der Entscheid andere wichtige Telecombeschaffungen der Armee (Kasten rechts) in Mitleidenschaft zieht. Zum anderen kann bezweifelt werden, dass es Bundesrat Guy Parmelin (SVP) gelingen wird, die Lücke von bis zu 300 Millionen Franken in der Rüstungsplanung 2018 durch andere Anschaffungen zu füllen.

Bereits die diesjährige Einkaufsliste des VBS wurde von Kritikern als Improvisationsübung dargestellt. Nachdem Bundesrat Parmelin die für 2017 vorgesehene Anschaffung einer raketengestützten Luftabwehr abgebrochen hatte, setzte das VBS flugs ausserordentliche Munitionspakete für 225 Millionen auf die Einkaufsliste.

### Nicht mehr zeitgemäss

Ob das VBS auch heuer Ersatz findet, wird von Sicherheitspolitikern bezweifelt. «Ich bedauere diese Verzögerung ausserordentlich», sagt etwa CVP-Sicherheitspolitiker Jakob Büchler. «Dieses ewige Hinausschieben von Beschaffungen muss endlich ein Ende haben.» Der Berg an überfälligen Investitionen wachse. Je grösser er sei, desto schwieriger werde es, ihn abzutragen. «Für 2018 droht jetzt ein Mini-Rüstungsprogramm», sagt Büchler. Er will sich an der heutigen Sitzung der Sicherheitspoli-

### «Die ständigen Verzögerungen bei solchen Beschaffungen bereiten mir Bauchweh.»

FDP-Ständerat Joachim Eder

schen Kommission des Nationalrats nach den Gründen für den Aufschub der Funkbeschaffung erkundigen.

Bereits einen Schritt weiter ist FDP-Ständerat Eder. Er hat seine Fragen schon bei Verteidigungsminister Parmelin deponiert. «Die ständigen Verzögerungen bei solchen Beschaffungen bereiten mir Bauchweh», sagt Eder. Ihn ärgert namentlich die VBS-Haltung, man könne bei wichtigen IT-Projekten stets auf noch neuere, noch bessere Systeme warten. Gerade bei der Informations- und Telekommunikationstechnologie kaufe man heute nicht mehr fertige Pro-

### Komplexes Megaprojekt

Das VBS war gewarnt

Die Schweizer Armee erhält ein neues Nervensystem. Unter dem Projektnamen Fitania arbeitet das Verteidigungsdepartement seit rund fünf Jahren daran, eine unabhängige militärische Informations- und Kommunikationslandschaft aufzubauen. Bis 2026 sollen dafür rund 3,3 Milliarden Franken investiert werden. Das Megaprojekt sieht autonome, teils unterirdische Rechenzentren vor, deren Standort geheim ist. Es umfasst ein Führungsnetz zwischen fixen Standorten, für welches rund 3000 Kilometer Glasfaserkabel verlegt und neue Richtfunkverbindungen erstellt werden. Schliesslich wird für die Kommunikation mit mobilen Einheiten eine eigene Telekommunikationsplattform etabliert. Allein dieses Teilprojekt dürfte rund 1800 Millionen Franken kosten. Mit der Verzögerung bei der Erneuerung des taktischen Funks sind nun aber bereits beim zweiten von sechs Beschaffungsschritten Probleme erkennbar. Inwiefern diese Schwierigkeiten auf andere Teilprojekte ausstrahlen, ist noch nicht absehbar. Pikant: Die Eidgenössische Finanzkontrolle warnte 2016 vor der Komplexität des Teilprojekts Telekommunikation und regte an, dass das VBS einen Fachausschuss mit unabhängigen Experten hinzuzieht. Die Armasuisse erklärte, man habe alles im Griff: «Eine weitere Instanz bringt keinen zusätzlichen Nutzen.» (Inz)

dukte, so Eder. Vielmehr würden Systeme beschafft, die gemeinsam mit den Herstellern laufend weiterentwickelt werden könnten. «Das scheint man im VBS offensichtlich anders zu sehen. Ich frage mich wirklich, ob die Beschaffungsphilosophie noch zeitgemäss ist.»

SVP-Nationalrat Thomas Hurter teilt diese Bedenken. Er habe den Eindruck, dass Armasuisse Beschaffungen immer noch so durchführe, wie sie das in der Vergangenheit stets gemacht habe. Angesichts der hohen Komplexität der heutigen Systeme sei das nicht mehr zeitgemäss. Zwar treffe es zu, dass Armasuisse nicht genügend Ressourcen besitze. Doch werde dieses Problem dadurch verschärft, dass das Bundesamt für Rüstung immer noch möglichst viel selber erledigen möchte. Diese Arbeitsweise habe enorme Verzögerungen zur Folge, so Hurter. «Es braucht dringend ein Umdenken. Der Bundesrat muss sich umgehend mit diesem Thema befassen.»

## «Der Bund ist bei der Cybersicherheit nicht dort, wo er sein müsste»

FDP-Nationalrat Marcel Dobler ist einer der aktivsten Promotoren des E-Votings. Gegnern des elektronischen Abstimmens wirft er Widersprüchlichkeit vor.

**Mit Marcel Dobler sprach Barnaby Skinner**

Bis 2019 sollen die Stimmbürger in zwei Dritteln der Kantone per Mausclick abstimmen können. Das hat der Bundesrat im Frühling im E-Voting-Fahrplan festgelegt. Aktuell arbeitet ein 14-köpfiges Projektteam der Bundeskanzlei an einem E-Voting-Gesetz, das ab März 2018 dem Parlament vorgelegt werden soll. Einer der entschiedensten E-Voting-Promotoren im Parlament ist der St. Galler FDP-Nationalrat Marcel Dobler.

### Haben Sie selber schon elektronisch abgestimmt?

Ich habe die E-Voting-Lösungen der Post und des Kantons Genf getestet. Meine Heimatstadt Rapperswil-Jona konnte bei der letzten Abstimmung das erste Mal erfolgreich elektronisch abstimmen.

**Wie war das Abstimmungserlebnis?** Das Ausfüllen war einfach, und ich sparte mir den Weg zum Briefkasten. Jedoch hatte ich wegen der vielen Sicherheitscode-Eingaben dreimal länger zum Ausfüllen. Weil beim heutigen E-Voting

nur der Rückweg elektronisch ist, sind Kosteneinsparungen nicht möglich. Die Kostensituation und die Benutzerfreundlichkeit müssen verbessert werden.

### Wenn das nicht besser wird, sind Sie gegen E-Voting?

Es gibt beim E-Voting drei Themen: Sicherheit, Kosten und Benutzerfreundlichkeit. Das heutige E-Voting ist in einer Zwischenphase. Das Ziel muss sein, dass alle Wege elektronisch sind und dass die neue elektronische Identität die kundenunfreundliche Authentifizierung ersetzt. Zusätzlich muss ein Sicherheitshärtetest stattfinden.

### Warum brauchen wir E-Voting überhaupt? Der Gang an die Urne und die briefliche Abstimmung funktionieren doch einwandfrei.

In der Schweiz leben 130 000 Sehbehinderte, die mit E-Voting ohne fremde Hilfe abstimmen können. Und es gibt 755 000 Auslandschweizer. Sie wissen oft nicht, ob ihr Brief zur richtigen Zeit ankommt und ob ihre Stimme zählt. Die Digitalisierung an sich darf kein Ziel sein. Es muss darum gehen, Kosten zu sparen oder etwas zu ermöglichen, das bisher nicht möglich ist. Beim E-Voting gibt es zum Beispiel keine ungültigen Stimmen mehr.

### Diverse Sicherheitsexperten behaupten, E-Voting sei unsicher. Das sehen Sie nicht so. Warum?

Eine solche Pauschalaussage ist eine Kapitulation bezüglich jeglicher digitalen

Sicherheit. Wie bei allen Konzepten gibt es unterschiedliche Haltungen und Meinungen. Dies soll ein Härtetest vor einer flächendeckenden Einführung klären.

### Haben wir die Sicherheit im Griff?

Die Haltung, E-Voting könne nie genügend sicher sein, ist inkonsistent. Bereits heute zählen Maschinen in der Schweiz zehn Prozent der Stimmen. Die müsste man dann auch verbieten. Auch müsste die elektronische Börse verboten werden, weil die auch manipuliert werden könnte. Zudem müsste man sich fragen, wie sicher unsere Kampfjets und sonstigen Systeme für die Landesverteidigung gegenüber Hacking sind.

### Ist die Skepsis nicht berechtigt, wenn man sieht, was in den USA abläuft? Es gibt Hinweise, dass Russland direkt bei den US-Wahlen eingegriffen hat.

Es ist für den Bürger nicht nachvollziehbar, wie sicher E-Voting in der Schweiz tatsächlich ist. In den USA wurde die Stimmung mit Fake-News manipuliert, aber keine Wahlergebnisse manipuliert. In Deutschland sind Zählmaschinen manipuliert worden. Und all das wird unwidersprochen mit E-Voting in Verbindung gebracht. Hier braucht es Richtigstellungen und Aufklärungsarbeit.

### Sie verlangen, dass Hacker auf das Schweizer E-Voting-System losgelassen werden, um zu prüfen, ob das System sicher ist.

Wenn die Manipulationen festgestellt werden oder wenn keine durchgeführt werden können, ist das ein Hinweis, dass die Systeme den Härtetest bestanden haben. Sollten grobe Sicherheitsmängel auftauchen, muss man bereit sein, die Konsequenzen zu ziehen.

### Russische oder chinesische Hacker, die von ihren Regierungen bezahlt werden, werden kaum bei einer solchen Wette mitmachen.

Wenn nur die Russen den Beweis erbringen könnten, ob unser E-Voting sicher ist, dann verkommt das Ganze zu einer Glaubensfrage.

### Bundesrat Guy Parmelin sagt, im Verteidigungsdepartement stünden die Server täglich unter Beschuss. Die Schweiz habe die Gefahren im Internet lange unterschätzt.

Der Bund ist bei der Cybersicherheit nicht dort, wo er sein müsste. Die IT des VBS ist fragmentiert, historisch gewachsen, und der Faktor Mensch ist gross. Das Schweizer E-Voting ist sicherer.



**Marcel Dobler**  
Der Unternehmer aus Rapperswil-Jona ist Präsident von ICT Switzerland, dem Dachverband der digitalen Wirtschaft. Dobler ist Gründer der Firma Digitec und seit 2015 FDP-Nationalrat.

## Nachrichten

Parteien I

### SVP fordert Nulltoleranz gegenüber radikalem Islam

Die SVP sagt dem radikalen Islam den Kampf an. Parteichef Albert Rösti verglich ihn an der Delegiertenversammlung vom Samstag mit einer «Bestie, die unsere freiheitliche Gesellschaft ausrotten will». Darum fordert die SVP systematische Personenkontrollen an den Grenzen und die Schliessung oder ein Verbot von Moscheen und islamischen Institutionen, die den radikalen Islam verbreiten. Jihad-Reisende, die in die Schweiz zurückkehren, sollen in Sicherheitshaft gesetzt werden. Moscheen müssten wie Kirchen öffentlich zugänglich sein. (SDA)

Parteien II

### Medienpolitische Resolution der Grünen

Die Grüne Partei hat am Samstag ohne Gegenstimme die Nein-Parole zur No-Billag-Initiative beschlossen. In einer Resolution fordert sie zudem eine neue Partnerschaft von privaten und Service-public-Medien. Dabei soll die SRG privaten Medien nach klaren Regeln Programminhalte zur Verfügung stellen. (SDA)

Parteien III

### Keine Unterstützung für «No Billag» von der BDP

Die BDP lehnt die No-Billag-Initiative ab. Ein Ja würde die Solidarität zwischen den Sprachregionen aufheben und den medialen Service public zerstören, hiess es an der Delegiertenversammlung. (SDA)